

Tarifrunden 2012: Keine grundlegende Kehrtwende

Letztes Jahr wurde das Gros der Tarifaueinandersetzungen eher defensiv geführt. Der Effekt: Die Reallöhne stagnierten trotz Aufschwung, während die Profite der Konzerne geradezu explodierten. Den Schaden hatten nicht nur die Beschäftigten hierzulande, sondern vor allem die Länder der europäischen Peripherie, deren Wirtschaften dem deutschen Lohndumping in Kombination mit hoher Rationalisierung nicht standhalten können. Im ersten Halbjahr 2012 sind die großen Tarifbewegungen (ÖD, Metall, Chemie, Banken, VW, Post etc.) beendet. Kleinere stehen noch an wie die Druckindustrie, privates Verkehrsgewerbe, Kunststoffverarbeitung, Energieversorgung, Textil- und Bekleidungsindustrie, Landwirtschaft, Deutsche Bahn AG, Holz und Kunststoff. Dieses Jahr waren die Forderungen deutlich höher als 2011. Doch die bisherigen Ergebnisse waren an den Forderungen gemessen eher gering, aber etwas höher als 2011. Sie konnten aber den Trend der Umverteilung von unten nach oben nicht stoppen. Kein Wunder. Denn: Die Streikbewegungen z.B. im ÖD und bei Metall hatten zwar eine gute Dynamik und die Kampfbereitschaft war stärker als 2011, sie wurden dann aber durch Abschlüsse ausgebremst. Hier ein Blick auf die Metalltarifrunde.

Bei 4,3 Prozent bleibt kaum was übrig

Die 4,3 % nominelle Entgelterhöhung bei einer Laufzeit von 13 Monaten sind auf das Jahr umgerechnet gerade mal 3,96 %. Dies ist angesichts der gewaltigen Gewinne der Metall- und Elektroindustrie in den vergangenen 2 Jahren (allein 2011 über 40 Mrd. €) und vor dem Hintergrund der Reallohnverluste in den letzten 10 Jahren recht mager. Nach Abzug der Teuerungsrate bleibt nämlich kaum was übrig. Da sowohl Produktivität als auch Arbeitsintensität in der Metallindustrie besonders rasch steigen, bedeutet der Abschluss für die Branche eher eine Umverteilung zugunsten des Kapitals als der Beschäftigten. Vor allem aber werden die Einbußen der Metaller während und seit der Krise bei weitem nicht ausgeglichen. Dem Kapital tut diese kleine Entgelterhöhung in keiner Weise weh, denn bei einem Lohnkostenanteil von durchschnittlich 16,1% in der Metall- und Elektroindustrie machen die 4,3% gerade mal 0,6% des Umsatzes dieser Branche aus.

Ohne Streiks keine Tarifmächtigkeit

Wichtiger jedoch als die materielle Komponente ist die politische Wirkung eines wieder mal nicht geführten Arbeitskampfes. Der letzte Streik in dieser Branche datiert aus dem Jahr 2002 und je mehr Jahre vergehen, in denen die Organisation nicht wirklich kämpft und die KollegInnen nicht in den Streik treten und Kampferfahrungen sammeln, um so ungeübter und ohnmächtiger wird die Gewerkschaft. Sie kann ihre „Tarifmächtigkeit“ nur dann wirklich erhalten, wenn sie diese auch unter Beweis stellt und die KollegInnen im Kampf zusammenwachsen. Wenn sie nur zu Warnstreiks aufgerufen werden, reicht das auf Dauer nicht aus und die Organisation wird auch auf diese Weise keine Anziehungskraft entwickeln oder bewahren können. Dabei wäre es dieses Mal recht günstig gewesen: Über 830.000 KollegInnen hatten sich an diversen Aktionen (zumeist Warnstreiks von ca. 1 bis 2 Stunden) beteiligt und die öffentliche Meinung war eindeutig auf ihrer Seite: Spürbare Entgelterhöhungen sind im allgemeinen Bewusstsein angesagt und Streiks haben in den Augen der breiten Bevölkerung heute ein eher positives Image. Warum also nicht jetzt die Gelegenheit beim Schopf packen? Nun, die „Krisenpolitik“ des IGM-Vorstands besteht darin, die hiesigen Arbeitsplätze durch den Erhalt und die Verbesser-

ung der Konkurrenzbedingungen für das deutsche Kapital zu sichern. Dass dies auf Kosten der internationalen Solidarität wie auch der hier im Lande prekär Beschäftigten geht, schert diese nicht. Und dass dieses Denken letztlich auch die Interessen der „Stammebelegschaften“ gefährdet und den längerfristigen Interessen der Gewerkschaft schadet, kümmert sie ebenfalls nicht. Dies kommt noch mehr bei den anderen Punkten dieses Abschlusses zum Ausdruck.

8. Mai 2012:
Warnstreik vor dem Untertürkheimer Tor von Daimler



Gewerkschaftspolitische Ratschlag Solidarität statt Spaltung und Konkurrenz – wie die Stillhaltepolitik beenden?

am 22. und 23. September 2012
in Frankfurt/Main im Bürgerhaus Gallus in der
Frankenallee 111
Referenten u.a. Frank Deppe und Bernd Riexinger
**Gewerkschaftspolitik in der Krise / Aufgaben und
Initiativen der Linken in den Gewerkschaften**
Workshops: Arbeitszeitverkürzung,
Prekarisierung, Tarifrunden / Entgeltstruktur,
Tarifeinheit / Streikrecht, neue Generation
Weitere Infos unter:
<http://www.labournet.de/GewLinke/index.html>

Übernahmeregelung für Azubis ist wachsw weich

Auf der Ebene der Übernahme der Ausgebildeten hat die IGM wenig erreicht. In den Großbetrieben werden heute schon die meisten Azubis unbefristet übernommen. Die jetzt getroffenen Regelungen müssen vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftemangels gesehen werden. Die butterweichen Formulierungen tun Gesamtmetall überhaupt nicht weh. Die Übernahme ist danach z. B. dann nicht zwingend, „wenn die persönliche Eignung des Azubis zu wünschen übrig lässt“. Mit anderen Worten: Wer nicht pfelegeleicht ist, zu viel aufmuckt, sich an Streikaktionen beteiligt usw., kann auch in Zukunft nicht damit rechnen, als „persönlich geeignet“ eingestuft zu werden. Hinzu kommt, dass Geschäftsleitung und Betriebsrat für den Personalplan den Bedarf ermitteln sollen. Es nutzt herzlich wenig, wenn es heißt: „Der genaue Bedarf an Ausbildungsplätzen wird von den Betriebsparteien im Rahmen der Personalplanung ermittelt und festgelegt. Für die gemäß dieser Betriebsvereinbarung im Rahmen des Bedarfs Ausgebildeten besteht der Anspruch auf unbefristete Übernahme.“ Faktisch hat die Geschäftsleitung weiterhin alle Hintertürchen offen, denn die Fakten für diesen Bedarf setzt die Geschäftsleitung und sie lässt sich ja weiterhin nicht in die Bücher schauen.

Leiharbeit reguliert statt verboten

Am schlimmsten bei diesem Tarifabschluss ist die „Regelung“ zur Leiharbeit und das aus zwei sehr prinzipiellen Gründen: Zum einen taugt die Übernahmeverpflichtung nach 18 Monaten (wenn es zu einer betrieblichen Vereinbarung gekommen ist), bzw. nach 24 Monaten (wenn es diese nicht gibt) in der Realität rein gar nichts. Gesamtmetallchef Kannegiesser erklärt schon selbst – um damit die Vereinbarung gegenüber seinen Mitgliedsfirmen schmackhaft zu machen – dass die durchschnittliche Verweildauer von Leihkräften gerade mal 12 Monate beträgt. In Wirklichkeit ist es noch schlimmer. In der Studie „Erhebung Mittelständische Zeitarbeit 2010 Ergebnisbericht“ (<http://tinyurl.com/6vzbcnh>) heißt es: „Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer eines Zeitarbeitnehmers liegt bei rund 12 Monaten, die durchschnittliche Verleihdauer pro Auftrag liegt zwischen sechs und neun Monaten.“



8. Mai 2012:

Warnstreik vor dem Untertürkheimer Tor von Daimler

Laut einer Studie der Hans Böckler Stiftung (DGB!) verdient eine Leihkraft real im Schnitt 48% weniger als die Beschäftigten der Stammebelegschaft. Diese Tatsachen einfach zu unterschlagen und so zu tun, als könne mit einer läppischen Formulierung zur Übernahmeverpflichtung etwas an der grundsätzlich prekären Situation dieser KollegInnen geändert werden, ist pure Heuchelei. Dem deutschen Kapital diese Flexibilität grundsätzlich zu erhalten – und

tariflich (und betrieblich!) noch weiter abzusichern – ist ein Skandal. Denn die Abweichung vom Grundsatz der gleichen Bezahlung (siehe EU-Richtlinie „Equal pay and equal treatment“) ist hierzulande laut Gesetz nur dann erlaubt, wenn es einen entsprechenden Tarifvertrag gibt. Die Tariffähigkeit ist aber der Dumpinggewerkschaft „Tarifgemeinschaft christlicher Gewerkschaften in der Zeitarbeit“ aberkannt worden (siehe das BAG-Urteil vom 14.12. 2010 zur Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen, CGZP; Az: 1 ABR 19/10). Die Ausrede der DGB-Gewerkschaften („Wenn wir keinen Tarifvertrag abschließen, dann schließen die „Christlichen“ einen schlechteren ab.“), zieht spätestens seit Dezember 2010 nicht mehr. Die DGB-Tarifverträge zur Leiharbeit hätten nie abgeschlossen werden dürfen. Es ist schließlich auch vollkommen widersinnig, sich auf der einen Seite (verbal!) gegen Billiglöhne zu wenden und auf der anderen Seite die eigene Unterschrift unter diese Tarifverträge zu setzen, die das Prinzip der gleichen Bezahlung unterlaufen und den Billiglohnsektor ausbauen helfen. Da ändert auch der vor kurzem abgeschlossene Tarifvertrag für Branchenzuschläge nichts grundlegendes. Dieser Teil des Tarifabschlusses zementiert die Leiharbeit weiter. Solche Billigjobs sind nicht nur weiterhin für das Kapital attraktiv, sondern auch ein Druckmittel auf die „Stammebelegschaft“. Faktisch die Leiharbeit auch in Zukunft zu akzeptieren, ist für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen absolut schädlich.

Aushöhlung der 35-Stundenwoche

Diese Vereinbarung ist mit einer weiteren Unterhöhlung der 35-Stundenwoche verbunden. Kommt es zu einer betrieblichen Vereinbarung zur Leiharbeit, dann kann im Gegenzug der Anteil der 40-Stünder um 12% erhöht werden (in Baden-Württemberg von 18 auf 30%, in den anderen Bezirken von 13 auf 25%). Dass dabei im selben Ausmaß 30-Stunden-Verträge angeboten werden müssen, macht die Sache nicht besser. Zum einen wollen die KollegInnen ja nicht auf Geld verzichten und werden sich schwer überlegen, ob sie ihre Arbeitszeit auf 30 Stunden reduzieren und zum anderen spaltet dies die Belegschaft in drei unterschiedliche Gruppen (40-Stünder, 35-Stünder und 30-Stünder). Hinzu kommt, dass mit der Bestimmung, dass der Betriebsrat jetzt Schritt für Schritt „individuelle Vereinbarungen“ mit den Unternehmen aushandeln soll, die Tendenz zur Verbetrieblichung der Tarifpolitik weiter gefördert wird. Das geht auf die Wünsche der Industrie ein und schwächt gleichzeitig das Zusammengehörigkeitsgefühl der KollegInnen in der Fläche. Tarifpolitik wird dadurch in Zukunft nicht gerade leichter.

Fazit

Auf den Ebenen der Leiharbeit und der Arbeitszeit erhalten die Betriebe weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten. Das Kapital wird noch rentabler wirken können. Die KollegInnen werden noch beständiger jeweils bis auf Anschlag rangenommen und die Hetze bleibt gleichbleibend hoch, denn wenn die Aufträge sinken werden die prekär Beschäftigten (hier die Leihkräfte) fortgeschickt und der Stress bleibt.

Jakob Schäfer, Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 27. Juni 2012

Gewerkschaften wehren sich gegen die Einschränkung des Streikrechts

Die Carl Friedrich v. Weizsäcker-Stiftung rief 2011 eine Professoren-Initiative ins Leben, um einen Gesetzesvorschlag für Arbeitskämpfe in der Daseinsvorsorge zu entwickeln. Der am 19. März 2012 in Berlin vorgestellte Gesetzesvorschlag regelt Arbeitskämpfe in der Daseinsvorsorge. Der im Auftrag der Stiftung erstellte Entwurf sieht gesetzliche Schranken für Arbeitskämpfe etwa im Luft- und Schienenverkehr, in der Gesundheitsversorgung, der Telekommunikation sowie im Erziehungswesen vor.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat diesen Entwurf zur Einschränkung des Streikrechts in Bereichen der Daseinsvorsorge scharf zurückgewiesen. „Es ist geradezu abenteuerlich, dass ausgerechnet Jura-Professoren auf die Idee kommen, allgemeine Grundrechte sollten für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Daseinsvorsorge eingeschränkt werden“, sagte Dina Bösch, ver.di-Bundesvorstandsmitglied für Rechtspolitik und Rechtsschutz. „Ein Zwei-Klassen-Streikrecht ist völlig inakzeptabel“, so Bösch.

Die Vorschläge der Professoren Franzen, Thüsing und Waldhoff zu Zwangsschlichtungen, überzogenen Ankündigungsfristen und Beschränkungen der Urabstimmung liefen im Kern auf einen vorsätzlichen Verstoß gegen das Grundgesetz hinaus. Denn Artikel 19 Absatz 2 sieht ausdrücklich vor, dass in keinem Fall ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden darf. „Das gilt selbstverständlich auch für die Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 Absatz 3 und das daraus resultierende Streikrecht“, unterstrich Bösch: „Eine solche gesetzliche Einschränkung des Streikrechts würde auf den entschiedenen Widerstand der betroffenen Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft stoßen.“

EU-Kommission will Streikrecht beschneiden

Auch von der EU-Kommission gibt es neue Vorschläge, die Rechtmäßigkeit von Tarifforderungen und Streiks davon abhängig zu machen, ob sie verhältnismäßig sind. Gerichte sollen dies prüfen. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) warnt die EU-Kommission davor, das Streikrecht anzutasten. „Mit Sorge verfolgen wir die seit Jahren von den EU-Gerichten und der EU-Kommission

gefahrere Linie, Unternehmerinteressen über die der Arbeitnehmer zu stellen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiesehegel. „Die neueste EU-Initiative geht zu weit. EU-Präsident Manuel Barroso muss seine Behörde zurückpfeifen. Die Pläne zur Verwässerung des Rechts auf Streik berühren die Grundrechte der Arbeiter in ihrem Kern. Das werden wir nicht akzeptieren.“

„Wer will denn entscheiden, ab wann eine Forderung oder ein Streik unverhältnismäßig ist“, sagte Wiesehegel. Denkbar ist es beispielsweise, dass sich die Tarifparteien in Verhandlungen bis auf einige Zehntelprozente angenähert haben. Für den fehlenden Rest sind die Beschäftigten bereit zu streiken. Nach der geplanten EU-Regelung könnte dies von den Gerichten verboten werden. Ebenso könnte der Unternehmer vorbringen, die Streikforderung ginge über den reinen Mindestschutz der Arbeiter hinaus. „Das gilt ja für die meisten Tarifforderungen. Dann gäbe es keinen sozialen Fortschritt mehr und wir hätten alle nur noch Löhne auf Hartz-IV-Niveau und die 48-Stunden-Woche. Damit würde die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie hier und überall in der EU total ausgehöhlt“, warnte Wiesehegel.

Rückblick

2011 haben die Gewerkschaftslinken eine Kampagne gegen die gemeinsame Initiative von Arbeitgeberverbänden und DGB zur Einschränkung des Streikrechts initiiert. Damit konnte erfolgreich diese Initiative gekippt werden. Gut, dass sich die Gewerkschaften jetzt eindeutig gegen diese Gesetzesentwürfe seitens der Weizsäcker-Stiftung und gegen die Vorschläge der EU-Kommission positionieren. Unsere Unterstützung haben sie.

Christa Hourani, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Globaler Industriegewerkschaftsverband IndustriAll - Global Union gegründet

Mehr als 1000 Gewerkschafter aus allen Teilen der Erde haben am 19. Juni in Kopenhagen eine neue internationale Gewerkschaftsföderation gegründet. Rund 50 Millionen Arbeiter aus 140 Ländern werden künftig von IndustriAll - Global Union repräsentiert. Die **IndustriALL Global Union** repräsentiert Arbeitnehmer aus einer Vielzahl von Sektoren. Dazu gehören die Öl- und Gasförderung, der Bergbau, die Erzeugung und Verteilung elektrischer Energie, die Herstellung von Metallen und Metallprodukten, der Schiffbau und die Automobilindustrie, die Luft- und Raumfahrt, der Maschinenbau, Elektronik, Chemie, Gummi, Zellstoff und Papier, aber auch Baumaterialien, Textilien, Bekleidung, Leder, Schuhe und Umweltdienstleistungen. Zu ihren Mitgliedern gehören Beschäftigte in der Produktion ebenso wie Büroangestellte, Techniker, Forschungspersonal und hochqualifizierte Fachkräfte. Durch den Zusammenschluss zu einer globalen Organisation bilden die Mitgliedsgewerkschaften des IMB, der ICEM und der ITBLAV ein Gegengewicht zur Macht multinationaler Unternehmen und kann mit ihnen auf globaler Ebene verhandeln. Die Ziele der IndustriALL sind:

- Aufbau starker Gewerkschaften
- Gewerkschaftliche Organisation und Rekrutierung neuer Mitglieder
- Kampf für Gewerkschaftsrechte
- Kampf gegen prekäre Arbeit
- Aufbau gewerkschaftlicher Macht zur Konfrontation des globalen Kapitals
- Förderung der Industriepolitik und des Nachhaltigkeitsprinzips
- Soziale Gerechtigkeit und Globalisierung
- Gleichberechtigung und Beteiligung von Frauen
- Sichere Arbeitsplätze
- Demokratie und Integration

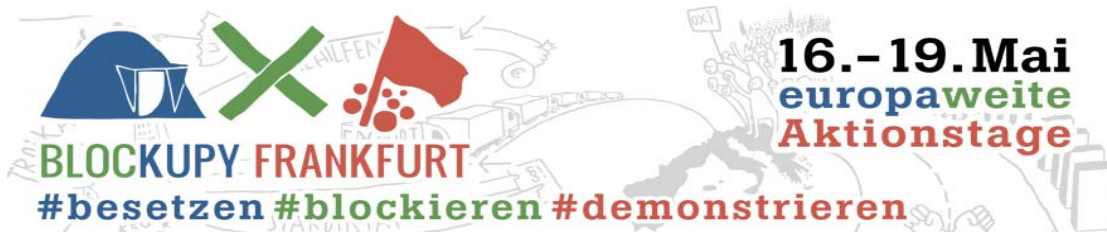
Präsident von IndustriAll ist IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber, Generalsekretär ist Jyrki Raina, (IMF, Helsinki), Vizepräsidenten sind Senzeni Zokwana, (NUMSA, Südafrika) Tom Buffenbarger, (IAM, USA und Kanada) und Hisanobu Shimada (UI Zensen, Japan).

Weitere Infos unter: <http://www.industriall-union.org/>



Hoch die internationale Solidarität

Antikapitalistische Massenproteste sind auch in Deutschland angekommen. Tausende ließen sich bei den Protesten Mitte Mai weder von undemokratischen und rechtswidrigen Verbotsorgien, noch von brutalen Polizeübergriffen abschrecken.



Sie protestierten in Frankfurt und Stuttgart nicht nur gegen die neokolonialistische Unterwerfungspolitik gegenüber anderen Volkswirtschaften in Europa und weltweit, sondern auch gegen Sozial- und Demokratieabbau hierzulande. Gegen den so genannten Fiskalpakt, der nichts anderes ist, als die juristisch abgesicherte, offene Diktatur „des Marktes“, also der Großkonzerne und Banken. Gegen die beispiellose Enteignung öffentlichen Eigentums durch die Privatisierung der Einrichtungen grundlegender Daseinsvorsorge. Gegen den asozialen Kahlschlag der Sozialleistungen, gegen die explosionsartige anwachsende Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse und die daraus resultierende Massenverarmung.

Statt Standortkonkurrenz sozialpolitische Umgestaltung

Auch gegen die, auf Erzielung von Exportüberschüssen ausgerichtete, deutsche Wirtschaftspolitik. Exportüberschüsse auf der einen Seite, seien die Handelsbilanzdefizite auf der anderen, erklärte z.B. der Stuttgarter ver.di-Geschäftsführer Riexinger auf der Stuttgarter Kundgebung am 15. Mai. Die Handelsbilanzdefizite wiederum, seien Ursache der Schuldenkrise, die auch auf die deutsche Bevölkerung abgewälzt werde. Riexinger forderte, statt Unterordnung der Demokratie unter den Markt, müsse der Markt unter demokratische Kontrolle gestellt werden.

In Stuttgart forderte ein rumänischer Vertreter, wohl mit Blick auf die standortkonkurrenzorientierte Politik deutscher Gewerkschaften, diese müssten endlich Motor einer positiven sozialpolitischen Umgestaltung im eigenen Land und damit Vorbild und Vorkämpfer in Europa werden. Ähnlich äußerte sich die griechische Vertreterin auf der Frankfurter Abschlusskundgebung am 19. Mai. Solidarität mit Griechenland, müsse vor allem auch Kampf im jeweiligen eigenen Land sein „schafft ein, zwei, viele Griechenlands!“

Blockade des Frankfurter Bankenviertels

Die demonstrative Blockade des Frankfurter Bankenviertels die ein weithin sichtbares Signal setzen sollte, funktionierte, wenn auch auf dem obskuren Umweg, das die Polizei selbst es war, die am Freitag, aus Furcht vor den Demonstranten, den gesamten Finanzdistrikt abriegelte. Am Samstag war es die Großdemonstration, die den Innenstadtbereich total lahmlegte. Über 25.000 Kapitalismuskritiker waren gekommen.

Schon in den Tagen zuvor hatte der Staat deutlich gezeigt, in wessen Interesse er agiert, wessen Instrument er ist. Ein Angriff auf den Kapitalismus, das geht ans Allerheiligste, dagegen müssen doch alle Register gezogen werden. Selbst eine Friedenskundgebung katholischer Ordensbrüder, selbst eine Mahnveranstaltung gegen den Nazi-Massenmord an Homosexuellen wurden verboten, selbst das symbolische Hochhalten des Grundgesetzes, von der Polizei untersagt. Über 400 Leute wurden festgenommen,

obwohl Gewalt und Provokationen ausschließlich von der Polizei ausgingen.

Kraft entwickeln

Die Proteste im Mai waren ein Anfang. Millionenschwer, wie die Generalstreiks in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, waren sie noch nicht. Nicht die 25.000 in Frankfurt, erst recht nicht die ca. 1000 Protestierenden in Stuttgart, wo alle DGB-Gewerkschaften aufgerufen hatten, kamen an diese (notwendigen) Größenordnungen heran.

Noch immer ist hierzulande antikapitalistische Kampfbereitschaft vor allem in den großen Betrieben unterentwickelt. Das kommt wohl nicht zuletzt daher, dass den Belegschaften jahrzehntelang Standortdenken und die Ideologie des Bündnisse mit dem „eigenen“ Kapital systematisch eingehämmert wurde und zwar seitens der Zentralen fast aller DGB-Gewerkschaften.

Trotz der richtungsweisenden Erkenntnisse, die z.B. bei der Stuttgarter Kundgebung von allen Gewerkschaftssprechern verkündet wurden, ist es noch ein weiter Weg, bis die Kraft entwickelt ist, welche die Politik von Kapital und Kabinett stoppen kann und stoppen wird.

Die Erkenntnisse vom 15. Mai müssen erst noch in den Betrieben ankommen, aber auch, nicht zuletzt bei den Gewerkschaftsführungen.

Aktionstage ausgewertet

Ende Juni wurden von der Krisenprotestbewegung die Aktionstage ausgewertet. Dort wurde festgestellt, dass in Europa registriert wurde, dass es auch in Deutschland Opposition gegen die undemokratische Finanzpolitik gibt. Es gelte jetzt, die Bewegung, die für den Herbst weitere Aktionen angekündigt hat, zu verbreitern, Kirchen und die Gewerkschaftsbasis einzubeziehen. Sigmar Kleinert, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der DZ-Bank, betonte, selbst die Beschäftigten der Frankfurter Finanzindustrie hätten nach den Protesten verstanden, „wie überzogen die politisch Verantwortlichen gehandelt haben und welche Unwahrheiten sie über die Protestbewegung verbreitet haben“. Sein Vorschlag für das weitere Vorgehen lautete: „Inhalte und Folgen des Fiskalpaktes wie Reformen des Arbeitsmarktes müssen wir deutlicher thematisieren, beispielsweise Lohnsenkungen, Kürzungen von Renten und Sozialleistungen“.

Manfred Jansen, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Weitere Infos unter:

<http://www.kapitalismuskrise.org/>

<http://www.european-resistance.org/>

Weitere Infos über die Gewerkschaftslinken und ihre örtliche Foren gibt es im Labournet unter: www.labournet.de/GewLinke